

Ganz Schlesien feiert Hindenburg

— (Warum führt die Reichsbahn das Zweiklassenystem ein?) Aus dem Personenverkehr soll der Reichsbahn eine Mehreinnahme von rund 55 Millionen RM gebracht werden. Würde man hierzu eine prozentuale Erhöhung aller Klassen durchführen, so würde die Abwanderung in niedere Klassen und langsamere Zugarten verstärkt stattfinden. Diese Abwanderung hat schon seit langem unausgesehrt Jahr für Jahr einen Ausfall von je 30 Millionen RM gebracht. Dieser Ausfall würde sich bei der prozentualen Erhöhung aller Klassen auf wesentlich mehr als das Doppelte erhöhen und sich von Jahr zu Jahr steigern. Dazu käme, daß der Ausfall, der durch den Wettbewerb des Kraftwagens laufend entsteht, und am 1. April 1927 bereits auf jährlich 100 Millionen RM vorsichtig geschätzt ist, beim Zusammen treffen des ständigen Rückgangs der Selbstkosten des Kraftwagens mit einer Tarifierhöhung auf der Eisenbahn, besonders durch stärkeren Wettbewerb der Autoomnibusse im Nahverkehr, auf mindestens weitere 100 Millionen RM zu schätzen sein wird. Weiter kommt hinzu, daß auch das Flugzeug verstärkten Wettbewerb machen würde, der auch mit einem Ausfall von mehreren Millionen RM verbunden ist. Um diese durch eine Tarifierhöhung entstehenden, auf 150 Millionen RM geschätzten Verluste wieder einzubringen, und außerdem eine Mehreinnahme von 55 Millionen RM aus dem Personenverkehr zu gewinnen, müßte der Reichsbahn verbleibende Verkehr dann mindestens um 15 v. H. (15 v. H. von rund 1400 Millionen RM = 210 Millionen RM) verteuert werden. Das wäre natürlich besonders für die Reisenden der vierten Klasse äußerst empfindlich. Daher soll einem System der Vorzug gegeben werden, durch das die bisherige Abwanderung in eine Aufwanderung verwandelt wird. Diese Maßnahme ermöglicht, daß die Erhöhung des jetzigen Fahrpreises 4. Klasse auf 12 v. H. (anstatt 15 v. H. bei Beibehaltung der jetzigen Klassen) beschränkt bleibt. Die Preise der Zeitkarten der 4. Klasse werden nicht mit erhöht, um die lohnsteigernde Wirkung einer Fahrpreiserhöhung auszugleichen. Das Zweiklassensystem hat überdies noch den Vorteil, das dadurch infolge der Aufwanderung und Hemmung der Abwanderung in den Kraftwagen und das Flugzeug die bisher schon entstehenden Ausfälle wenigstens zum Teil wieder eingestrichelt werden, was bei der gleichmäßigen Steigerung der Fahrpreise aller Klassen selbst durch verstärkte Erhöhung der Fahrpreise kaum erreichbar wäre. Im Gegenteil sind bei diesem System gerade infolge der verstärkten Tarifierhöhung weitere von Jahr zu Jahr steigende Mehreinnahmen zu erwarten.

— sek. (Es geht auch so), oder es geht sogar noch besser, wenn man sich entschließt, die großen Verbesseraläufe der Stadtverbände vom Sonntagvormittag auf den Nachmittag zu verlegen. Bekanntlich handelt es sich hier um eine Frage, die in den letzten Jahren viel Schwierigkeiten bereitet hat, da insbesondere aus der Mitte des Eisenkreuzverbandes immer wieder von neuem Einspruch gegen eine Verletzung der Sonntagsruhe durch Auseraumung von öffentlichen sportlichen Veranstaltungen auf den Sonntagvormittag erhoben werden mußte. Diese Auseinandersetzung führte schließlich dazu, daß dort, wo man auf diese Bedenken nicht Rücksicht nehmen zu können glaubte, evangelische Sportgruppen von der Beteiligung zurücktraten. So hat z. B. die Tatsache, daß der in mehreren Jahren bei den großen Staffelläufen siegreiche Christliche Verein Junger Männer in Stuttgart seine weitere Mitwirkung aus den angegebenen Gründen einstellte, weithin Aufsehen erregt. Nur hat es soeben der Stadtverband für Leibesübungen in Kassel in diesem Jahre zum ersten Male gewagt, den großen Staffellauf Wilhelmshöhe—Kassel auf den Sonntagvormittag zu legen und zwar mit großem Erfolg. Es gelang nicht nur, den Lauf technisch ohne Störungen durchzuführen, indem man weniger belastete Straßenzüge wählte, sondern man hatte auch den Erfolg, daß die Öffentlichkeit in ganz anderem Maße als bisher an der Veranstaltung teilnahm. Die Schlussfeier mit der eindrucksvollen Siegerehrung konnte in der Hefenkampfbahn diesmal vor einer unübersehbaren Menschenmenge gehalten werden. Sollte das nicht auch in anderen Städten Deutschlands möglich sein.

— (Faule und fleißige Wähler.) Der Reichswahlleiter gibt jetzt in einer zusammenfassenden Darstellung die Hauptergebnisse der Wahlen zum Reichstag am 20. Mai 1928 bekannt. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die geringste Wahlbeteiligung auf der Insel Helgoland festgestellt werden mußte. Es haben sich dort nämlich nur 41,6 v. H. Stimmberechtigte an der Wahl beteiligt. Ueberaus unerfreulich war diesmal auch die Wahlbeteiligung in Baden. Von den Stimmberechtigten haben sich an der Wahl beteiligt im Amtsgerechtsbezirk Kehl nur 49,2 v. H., Müllheim 48,5 v. H., Bühl 48,4 v. H. und Oberkirch nur 45,8 v. H. Im Gegensatz zu diesen unerfreulichen Feststellungen steht aber der Kreis Striegau im Wahlkreis Nr. 7 Breslau, in dem die höchste Wahlbeteiligungsziffer erreicht wurde, nämlich 93,6 v. H.

— (Regierung und Presse — Eine demokratische Landtagsanfrage.) Der demokratische Landtagsabgeordnete Professor Dr. Kästner hat im Landtag folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: „Die gesamte sächsische Presse einschließlich der sächsischen Vertretung der deutschen Presse erhebt berechtigter Beschwerden darüber, daß insbesondere bei den tiefgreifenden Differenzen, die zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Reich in der Frage des Luftverkehrs bestehen, die amtliche Information völlig unbefriedigend gewesen ist. Die sächsische Presse war infolgedessen für die Vertretung des sächsischen Standpunktes ausschließlich auf eigene Kombinationen angewiesen. Im Reich aber konnte die Angelegenheit nur unter dem Gesichtspunkt der von der anderen Seite ausgiebig erteilten einseitigen Informationen behandelt werden. Eine sachgemäße Aufklärung der breitesten Öffentlichkeit über die berechtigten Beschwerden und Forderungen des Freistaates Sachsen wurde dadurch unmöglich. Es mußte vielmehr ein völlig falsches Bild über das Vorgehen Sachsens entstehen. Ich frage deshalb die Regierung: was gedenkt sie zu tun, damit in Zukunft die notwendige Information der Presse und damit der Öffentlichkeit unbedingt gewährleistet ist.“

— (Die Weihe der Jugendherberge St. Marienstern.) Die von den Rammenger Jugendgruppen mit einem prächtigen Wimpel geschmückt worden war, erfolgte am Sonntag. Amtshauptmann Dr. Sievert aus Rammeng gab in seiner Weiherede einen Ueberblick über die Entwicklung des Jugendherbergwesens und erklärte, daß die Bedenken gegen die Errichtung von Jugendherbergen in der Zeit finanzieller Notie zerstreut würden, da gerade die Jugendherbergen geeignet seien, den Schäden der Groß-

Breslau. Am Dienstagabend begab sich Hindenburg an die polnische Grenze, um die katastrophalen Folgen der gewalttätigen Grenzziehung aus eigener Anschauung kennenzulernen. Als der Reichspräsident am Dienstag früh Oppeln verließ, stand die Bevölkerung von dem Regierungsgebäude bis zum Bahnhof wiederum zu Tausenden Spalier. Auf dem Bahnsteig wurde dem Reichspräsidenten von einem Oppelner Patenkind ein Blumenstrauß überreicht.

Als Hindenburg den Jungen streichelte und den glücklich dabei stehenden Vater nach den Berufswünschen fragte, erhielt er die freundliche Antwort: „Er will Baumeister werden.“

An der Bahnstrecke Oppeln—Katibor sah man vielfach an den Bahnstrahlen ganze Klassen von Schulkindern mit ihren Lehrern stehen sowie Scharen von Landarbeitern, die dem Vorbeifahrenden stürmische Ovationen darbrachten. Als der Sonderzug in Katibor eintraf, wurde Hindenburg auf dem Bahnsteig von dem ober-schlesischen Landeshauptmann, ferner dem Grafen Praszma, dem Oberbürgermeister von Katibor und dem Prälaten Ullsta begrüßt. Das etwa vier Jahre alte Töchterchen des Landeshauptmanns überreichte dem Reichspräsidenten einen Rosenstrauß, ohne in dessen in seiner kindlichen Verlegenheit ein Wort herausbringen zu können. Hindenburg aber bemerkte trotzdem zu der Kleinen: „Das hast du sehr schön gesagt!“

Die Begrüßungsansprachen.

Der Oberbürgermeister von Katibor richtete an den Reichspräsidenten eine Begrüßungsansprache, in der es u. a. heißt: „Mit ganz Oberschlesien jubelt die Stadt Katibor Ihnen, dem Deutschen Eckart, entgegen, der Rußlands Riesenheere zerschlagen und damit nicht bloß Ostpreußen, sondern den gesamten deutschen Osten, auch unsere engere Heimat Oberschlesien gerettet und vor den fürchterlichsten Schrecken des Krieges behauptet hat. Herr Reichspräsident! Ihr hehres Beispiel selbstloser Pflichterfüllung und das hohe Beispielmotiv Ihres Lebens, Leib und Geist unter das Gebot der Pflichten gegenüber der Volksgemeinschaft und dem Vaterlande zu stellen, soll auch uns daran mahnen, einig zusammen zu stehen in hehrer Liebe zu Volk und Vaterland.“

Der Vorsitzende des Provinziallandtages, Graf Praszma-Falkenberg, führte in einer Ansprache folgendes aus: „Als Sie, Herr Reichspräsident, durch einzelne Teile unserer Provinz fuhren, da mag in Ihnen recht schmerzhaft die Erinnerung aufgefliegen sein an ihren letzten Aufenthalt und der Vergleich zwischen dem Damals und dem Jetzt. Ich will in dieser feierlichen Stunde den Unterschied nicht verhehlen, nicht erinuern an alles, was in Trümmer gegangen ist, was wir verloren haben. Daß es auch bei uns nicht vergessen ist, dessen werden Sie sich überzeugt haben, aber auch, daß die stolze Erinnerung in uns fortlebt an die Zeit, wo des Generalfeldmarschalls von Hindenburg starkes Schwert und sein Felsherrngeist die Obergrenzen des Reiches gegen eine Welt von Feinden hielt. Ihnen folgend, werden wir nach des deutschen Fichte Mahnung an Deutschlands und Oberschlesiens Zukunft glauben und an unseres Volkes Auferstehen und danach handeln.“

Landeshauptmann Dr. h. c. Piontek richtete an den Reichspräsidenten u. a. folgende Begrüßungsworte. Die deutsche Seite der Provinz seien unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung von Oberschlesien abgetrennt und Polen und der Tschechoslowakei ausgeliefert worden. Der ober-schlesische Industriebezirk sei ohne Rücksicht auf seine Einheit sinnlos zerrissen, die wirtschaftliche Entwicklung,

Stadt an unserer Jugend wirksam zu begegnen. Jugendherbergen bauen heiße, an Krankenhäusern sparen. Darum werde der Jugendherbergsgedanke auch besonders von den Großstädten verfolgt und gefördert. Wenn auch das Land Rammeng ihm seine Förderung angeheißt lasse, so nicht zuletzt aus der Erwägung heraus, daß auch hier viel industrielle Jugend lebe, die ein Wogende in reiner Luft nötig habe. Für die Schuljugend solle die neue Herberge ein Schullandheim werden. Ueber allem aber solle sie ein Band schlingen zwischen Stadt und Land. Das werde sie, wenn die einklebende Jugend Sitten und Gebräuche der hier heimatemten Wenden achtet und ehrt. Ministerialrat Meier, der GrüÙe des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums überbrachte, betonte, daß im Gebirge die Kette der Jugendherbergen geschlossen sei vom Rieser- bis zum Fichtelgebirge, daß aber im Niederland Jugendherbergen noch fehlten, darum sei der Bau der Herberge St. Marienstern besonders begrüßenswert. Weitere Ansprachen, bei denen der Herberge mancherlei Gaben dargebracht wurden, folgten. Der Nachmittag war ausgefüllt mit der Vorführung von wendischen Tänzen, Volksstücken, Liedern zur Laute und mit einem Hans-Sachs-Spiel, mit dem der Festtag ausklang.

Zittau. (Eine unglaubliche Nachlässigkeit.) Die „Zittauer Morgenzeitung“ berichtet aus Reichenau folgenden unglaublichen Fall von Nachlässigkeit: In einem Krankenheim in Obercunnersdorf starb die Frau des Kaufmanns Reinhold Ehrentraut und wurde am Dienstag beerdigt, ohne daß der Ehemann auch nur die geringste Ahnung davon hatte. Vor einigen Wochen hatte Ehrentraut seine schon viele Jahre an Lähmung leidende Frau zur Pflege in das Siechenhaus Obercunnersdorf bei Löbau gebracht. Als er sie am Mittwoch dort besuchen wollte, wurde ihm eröffnet, daß die Frau am Sonnabend gestorben und am Dienstag mittag beerdigt worden sei. Die Anstalt hatte den Tod der Frau Ehrentraut am Morgen des Sterbetages dem Reichenauer Gemeindeamt zur Benachrichtigung der Familie telefonisch mitgeteilt. Da die Dienstzeit im Gemeindeamt aber noch nicht begonnen hatte, also keine Beamten anwesend waren, ging die Meldung in die Privatwohnung des Bürgermeisters, wo das Gespräch von der Frau des Bürgermeisters zwar angenommen, aber durch unverständliches Hören im Zusammenhang nicht erfaßt wurde. Auf diese Weise blieb Ehrentraut ohne jede Kenntnis vom Tode seiner Frau. Die Verantwortung für den unerhörten Schlenker trägt die Obercunnersdorfer Anstalt, die ihrer

insbesondere auf dem Gebiet der Elektrowirtschaft, zurückgegangen. Der Industrie könne nur durch Schaffung billiger und leistungsfähiger Transportwege geholfen werden.

Im Landeshaus von Katibor begrüßte den Reichspräsidenten der Vorsitzende des ober-schlesischen Provinzialausschusses, Reichstagsabgeordneter Prälät Ullsta. Er führte u. a. aus, daß vor allem das Glück der Gegenwart des Reichspräsidenten diejenigen fühlten, die in den entscheidenden Jahren 1918 bis 1922, in den Jahren der Abstimmung und der Aufstände, in der vordersten Reihe für die Deutscherhaltung Oberschlesiens gearbeitet und gekämpft, geopfert und gelitten hätten. Ganz besonders gedachte er derjenigen, die für ihre Heimat und für das deutsche Volk gefallen sind, und empfahl dem Reichspräsidenten diejenigen, die ihr Hab und Gut als Flüchtlinge und Verdrängte im fremd gewordenen Lande zurücklassen mußten. Der Reichspräsident habe aus Menschlichkeit und aus nationaler Rücksicht auf die großen wirtschaftlichen und kulturellen Werte der Heimat diese vor den Schrecken des Krieges im eigenen Lande bewahrt. Das Land wirtschaftlich zu fördern, die Bevölkerung kulturell zu heben, vor allem aber Land und Volk innig und fest an das Deutsche Reich zu schmieden, sei ihnen alles beherrschendes Bestreben.

Hierauf begab sich der Reichspräsident mit seinem Gefolge im Kraftwagen nach Lubowitz, der Geburtsstätte Eichenborfs. Nachdem er hier von dem Landrat Schmidt begrüßt worden war, wurden ihm die alten Veteranen vorgestellt und darauf heimatische Volkstänze vorgeführt. Nach einem Imbiß im Jugendheim von Lubowitz, wo er Gast des Grafen Praszma war, begab sich der Reichspräsident im Sonderzug nach Breslau.

Der Reichspräsident in Breslau.

Zusammenkunft mit dem Fürstbischof Dr. Vertam. Breslau. Der Reichspräsident traf auf der Schlesienreise mit dem Sonderzuge am Dienstag nachmittag 5.20 Uhr in Breslau ein. Auf dem Bahnsteig des Breslauer Hauptbahnhofes wurde er vom Oberpräsidenten, dem Regierungspräsidenten, dem Oberbürgermeister und den übrigen Spitzen der Behörden begrüßt. Als die Bevölkerung, die sich in Massen am Bahnhofsvorplatz eingefunden hatte, Hindenburg erblickte, wurden vieltausendstimmige Hurraufe laut. Hindenburg schritt zunächst die Ehrenkompanie der Reichswehr und der Schutzpolizei ab. In den Straßen Breslaus stand die Bevölkerung mit weit über 100 000 Einwohnern.

Sämtliche Organisationen, mit Ausnahme des Reichsbanners, beteiligten sich.

Nach einer Fahrt durch die Hauptstraße über den Ring begab sich Hindenburg zum Empfang nach dem Oberpräsidium. Hier erfolgte die offizielle Begrüßung. Einige Minuten vor Hindenburg traf Fürstbischof Dr. Vertam im Oberpräsidium ein. Bald nach der Ankunft des Reichspräsidenten überbrachte der Dezerent für Kirchen- und Schulangelegenheiten im Oberpräsidium dem Kardinal die Karte des Reichspräsidenten. Im Anschluß daran wurde dem Reichspräsidenten durch einen hohen geistlichen Würdenträger die Karte des Fürstbischofs überreicht. Dann fand eine kurze Zusammenkunft zwischen Hindenburg und dem Fürstbischof statt, nach der der Reichspräsident in Begleitung des Fürstbischofs, des Oberpräsidenten, des Landeshauptmanns und des Oberbürgermeisters in den großen Saal zum Empfang ging.

telephonischen Nachricht unbedingt eine schriftliche Bestätigung an den Gatten folgen lassen mußte.

Dresden. (Der geplante Raubüberfall.) Vor einiger Zeit lernten sich in einem hiesigen Lokal zwei junge Burschen kennen. Da beide keine Arbeit hatten und ohne Unterkommen waren, kamen sie überein, Diebstähle auszuführen. Sie stiegen des Nachts in Wohnungen ein und stahlen Geldbeträge und Lebensmittel. Hierbei machte einer den Aufpaffer, während der andere „arbeitete“. Bald kam man den Tätern auf die Spur und es gelang, einen davon festzunehmen. Es handelt sich um einen 19 Jahre alten Arbeiter von hier. Bei seiner Vernehmung belästigte er seinen klüftigen Komplizen schwer. Er gab an, daß dieser einen Raubüberfall habe ausführen wollen. Beide seien eines Tages nach Meißen gewandert. Unterwegs habe sein Komplize, der im Besitz eines großen Messers gewesen sei, geäußert, daß er einen Raubüberfall ausführen werde, um Geldmittel zu erlangen. Als sie am Abend in Meißen von einem etwa 25 Jahre alten Mann nach der Jugendherberge gefragt worden seien, habe sich sein Weggenosse sofort bereit erklärt, ihm den Weg zu zeigen, und sei mitgegangen. Nur durch den Umstand, daß er sofort hinterher gegangen sei und seinen Genossen zurückgeholt habe, sei Schlimmes verhütet worden. An Hand der Personalbeschreibung gelang es nunmehr der Kriminalpolizei, den gefährlichen Burschen in einem hiesigen Lokale zu ermitteln und festzunehmen. Es handelt sich um einen 18 Jahre alten Arbeiter von hier. Er hat zugegeben, daß er den unbekanntem Mann habe niederschlagen und berauben wollen. Der Bursche wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Dresden. (Das Spiel mit Bajazzoapparaten.) Die Frage, ob das Spiel mit Bajazzoapparaten ein Glücksspiel sei, hat schon in sehr zahlreichen Fällen die Gerichte beschäftigt. Auch das Reichsgericht hat sich mit ihr schon befaßt. Es hat sogar erst neuerdings in einem besonderen Falle abermals zu ihr Stellung genommen und u. a. grundsätzlich ausgeführt, daß die tatsächlichen Verhältnisse, unter denen das Spiel stattfindet, für die Frage, ob es als Glücksspiel zu erachten sei, entscheidend seien. Es komme nicht nur auf die Beschaffenheit des Apparates, sondern auch auf die Eigenschaften des Durchschnitts der Spieler an. Ausschlaggebend sei, ob und in welchem Maße der Spielerfolg durch die Geschicklichkeit des Durchschnittsspielers beeinflusst werden könne. Im vorliegenden Falle — die Apparate waren in einer Wirtschaft zur beliebigen Benutzung durch die Gäste aufgestellt — reiche zum Nachweis des Vorliegens eines Glücks-